

## **Pressemitteilung**

Marburg, den 07. April 2010

Rückfragen an:

Hajo Zeller

oder Jan Schalauske

Hajo Zeller  
Pressebeauftragter  
Frankfurter Straße 15  
35037 Marburg  
Tel.: 0642 1-163873  
Fax: 0642 1-175618  
[www.die-linke-marburg.de](http://www.die-linke-marburg.de)  
[hajo.zeller@die-linke-marburg.de](mailto:hajo.zeller@die-linke-marburg.de)

Anlässlich der heutigen Aktion von Aktiven aus der Erwerbslosenbewegung, des Widerstandsbündnisses und aus der Partei DIE LINKE auf der Geburtstagsfeier des Kreisjobcenters (KJC) erklärt Jan Schalauske, Kreisvorsitzender DIE LINKE Marburg-Biedenkopf:

### **Fünf Jahre KJC sind kein Grund zum Feiern DIE LINKE Marburg-Biedenkopf kritisiert Ein-Euro-Jobs und Verwaltungspraxis im KJC**

Im Agenda-Jahr 2010 wird erneut deutlich: Die sogenannten Hartz IV-Reformen sind endgültig gescheitert. Leidtragende sind die Betroffenen. Unter dem Motto ‚Fördern und Fordern‘ werden Erwerbslose für ihre elende Lage selbst verantwortlich gemacht.. Mit der Einrichtung von Ein-Euro-Jobs werden sie gezwungen, jegliche Arbeit anzunehmen. Erwerbslosigkeit wird als Problem individualisiert. Erwerbslosigkeit ist jedoch ein gesellschaftliches Problem. Darüber kann auch nicht die plumpe Hetze von Koch, Westerwelle, Sarrazin und anderen hinwegtäuschen. Es gibt eine Unmenge an gesellschaftlich notwendiger Arbeit, beispielsweise im Bildungs-, Sozial- und Kulturbereich. Auf kommunaler Ebene könnten im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge unzählige sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden. Allein es fehlt der politische Wille, in diese Richtung umzusteuern. Auch im Landkreis Marburg-Biedenkopf.

Jan Schalauske sagt wörtlich: „Die vernichtende Kritik des Bundesrechnungshofes an Ein-Euro-Jobs gilt auch für den Landkreis Marburg-Biedenkopf und das KJC. Die Mehrzahl der Ein-Euro-Jobs ist gesetzwidrig, weil nicht zusätzlich oder im öffentlichen Interesse. Die Mehrzahl bringt den Betroffenen nichts. Im Gegenteil, die Chancen auf einen regulären Arbeitsplatz sinken mit der Dauer des Ein-Euro-Jobs, wie eine Studie des Arbeitsmarktforschungsinstituts der Agentur für Arbeit belegt.

Bauarbeiten an Schulen, Lieferung und Verkauf von Schulessen oder das Betreiben der Kantine einer Kommunalverwaltung sind nun mal keine zusätzlichen Aufgaben. Das sind öffentliche Aufgaben, die mit regulärer Beschäftigung zu erledigen sind. Die Verantwortung liegt hier bei den Kommunen im Landkreis.“

Zudem kritisiert Schalauske die Verwaltungspraxis im KJC, die FallmanagerInnen ohne einheitliche Dienstvorschrift ihre Tätigkeit ausüben zu lassen. Die Praxis der Agentur für Arbeit mit einheitlichen Durchführungsverordnungen zu arbeiten, in die aktuelle Urteile eingearbeitet werden, gewährleiste zumindest eine gewisse Rechtssicherheit. Ungleiche Entscheidungen bei gleicher Problemlage nähren leicht den Verdacht der Willkür. Doch auch die beste Verwaltung ändere nichts daran: Hartz IV bleibe Armut per Gesetz und gehöre auf den Müllhaufen der Geschichte. Dafür werde DIE LINKE weiter kämpfen.